

# Wie findet man den Vater im Falle einer unehelichen Geburt vor 1900?

Von Dr. R. Bussert, Frankfurt/ O.  
(aus: Familiengeschichtliche Blätter 1937/ 250)

Zahlreiche Volksgenossen stoßen bei der Sippenforschung noch immer auf die größten Schwierigkeiten, wenn sie unehelicher Geburt sind oder einer ihrer Vorfahren un- oder vorehelich geboren ist. Es liegt nahe, sich an die Vormundschaftsgerichte zu wenden. Die täglichen Anfragen bei den Amtsgerichten zeigen jedoch, dass im allgemeinen nicht bekannt ist, in welchen Fällen vor 1900, dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, Vormundschaften über uneheliche Kinder geführt worden sind und welches Gericht zuständig war. Im Folgenden soll deshalb gezeigt werden, an welches Gericht man sich bei unehelichen Geburten vor 1900 zu wenden hat.

Für uneheliche Geburten vor 1900 bestimmte für die Preußischen Staaten das Allgemeine Landrecht von 1794 (ALR.) im § 614 Teil II Titel 2, dass von Amtswegen ein Vormund zu bestellen wist, wenn dem Vormundschaftsgericht durch einen Prozess oder in sonstiger glaubwürdiger Weise das Dasein eines unehelichen Kindes bekannt wird. Die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichtes richtete sich nach § 21 Teil I Titel 2 der Allgemeinen Gerichtsordnung von 1793. Danach war maßgebend „der persönliche Gerichtsstand der Mutter zur Zeit der Bevormundung“, d.h. dasjenige Gericht war zuständig, in dessen Bezirk die Mutter bei Einleitung der Vormundschaft ihren Wohnsitz hatte. Der Zeitpunkt der Einleitung der Vormundschaft richtete sich nicht nach der Zeit der Geburt, sondern nach der Notwendigkeit, die zu prüfen dem Vormundschaftsgericht oblag. Für den Wohnsitz der Mutter war entscheidend, ob sie unter väterlicher Gewalt stand oder nicht, wobei zu beachten ist, dass die väterliche Gewalt nach §§ 228, 230 II, A ALR, nur mit der Verheiratung der Tochter und nach der Großjährigkeit (24 Jahre) durch ausdrückliche Erklärung des Vaters erlosch. War die Mutter nach den Urkunden bei der Geburt bereits 24 Jahre (man kann dann annehmen, dass sie aus der väterlichen Gewalt entlassen war), so war dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk sie selbst ihren *dauernden* Aufenthalt hatte und nicht etwa dasjenige Gericht, in dessen Bezirk sie sich vorübergehend zur Niederkunft begeben hatte.

Stand sie unter väterlicher Gewalt (24 Jahre), so war zuständig das Gericht des Wohnsitzes ihres Vaters, da sie diesen teilte, selbst wenn sie sich an einem anderen Orte aufhielt. DA früher aber die Bevölkerung im allgemeinen sesshafter war, wurde häufig die Vormundschaft bei dem Gericht geführt, in dessen Bezirk die Kindesmutter geboren wurde.

## **Beispiel:**

Der Vater der Kindesmutter war Bauer oder Kossät oder Gutsarbeiter im Gerichtsbezirk A., wo auch die Kindesmutter geboren wurde. Die Kindesmutter begab sich zum Zwecke der Niederkunft in einen anderen Ort im Gerichtsbezirk B. oder war dort bereits als Magd oder dergleichen tätig und gebar hier das uneheliche Kind. Zuständig für die Vormundschaft war das Gericht im Bezirk A. (Wohnsitz des Vaters).

Durch die Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 ist die Zuständigkeit mit Wirkung vom 1. Januar 1876 dahin geändert worden, dass die Vormundschaften

über uneheliche Kinder bei dem Gericht zu führen waren, in dessen Bezirk die Mündelmutter *zur Zeit der Geburt* des Kindes ihren Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen ihren Aufenthalt hatte. Stand also die Mündelmutter unter väterlicher Gewalt, so war zuständig das Gericht des Wohnsitzes ihres Vaters *zur Zeit der Geburt* des Kindes. Zwar sind die Akten von 1800 bis 1900 – soweit Vormundschaften geführt wurden – fast durchweg vernichtet. Jedoch sind die über sie geführten Register vorhanden, in denen Name, Alter und Vormund des Mündels und in einer weiteren Spalte der Stand der Sache eingetragen worden sind. Aus der letzten Spalte ergibt sich, ob der Erzeuger die Vaterschaft anerkannt hat, ob er von der Mutter benannt oder durch Urteil zur Unterhaltszahlung verurteilt worden ist.

Vielfach wurde jedoch vor 1900 eine Vormundschaft überhaupt nicht geführt. Nach Anhang § 95 zu § 614 (1803 eingeführt) genügte es nämlich, dass, falls die Mutter unter väterlicher Gewalt stand, der mütterliche Großvater des Kindes aufgefordert wurde, für das beste seines unehelichen Enkels zu sorgen. Es kam daher auch vor, dass eine Vormundschaft selbst dann nicht geführt wurde, wenn die Mutter des unehelichen Kindes bereits volljährig war.

Durch die Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 ist dieser Rechtszustand mit Wirkung vom 1. Januar 1876 dahin abgeändert worden, dass ohne Rücksicht darauf, ob die Mutter unter väterlicher Gewalt stand, deren Vater gesetzlicher Vormund des unehelichen Kindes wurde. Eine Vormundschaft wurde in diesen Fällen im allgemeinen nicht eingeleitet, wenn auch das Gericht eine Anzeige von der Geburt durch das Standesamt erhielt, die zu den Sammelakten genommen wurde. Nur aus besonderen Gründen (z.B. mangelnde Eignung, Abwesenheit) und im Falle des Todes des Vaters wurde ein anderer Vormund bestellt und eine Vormundschaft geführt. Man ging davon aus, dass, wie Suarez sich äußerte, bei der Einleitung der Vormundschaft von Amts wegen „der damit verbundene Eklat in vielen Fällen für das Kind selbst schädliche Folgen haben würde“. (Vgl. auch R.d.J.M. v. 29. Juni 1799, Rabe V, Seite 482.) Da man die Urkunden des mütterlichen Großvaters des unehelichen Kindes verhältnismäßig leicht beschaffen können und damit feststellen kann, ob dieser vor der Volljährigkeit seines Enkels verstorben ist, lässt sich auch von dem Gesuchsteller ermitteln, ob wahrscheinlich eine Vormundschaft geführt wurde oder nicht. Lebte der Großvater bis zur Volljährigkeit seines Enkels, so wird es danach im allgemeinen nicht verwunderlich sein, wenn die Ermittlungen der Gerichte nach dem Erzeuger ergebnislos verlaufen.

Bei Geburten nach 1900 sind regelmäßig Vormundschaften geführt worden. Zuständig ist nach 1900 (§ 36 des RFGG.) das Gericht, in dessen Bezirk der Mündel zu der Zeit, zu welcher die Anordnung der Vormundschaft erforderlich wird (Geburt), seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Das Mündel teilt aber den Wohnsitz seiner Mutter. Wird die Anordnung einer Vormundschaft über Geschwister erforderlich, die in den Bezirken verschiedener Vormundschaftsgerichte ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, d.h. hat die Mutter den Aufenthalt gewechselt, so ist, wenn für einen der Mündel schon eine Vormundschaft anhängig ist, dieses auch für die Vormundschaft der älteren Geschwister maßgebend.